

Hintergrundinformation



Frank Decker | Marcus Höreth (Hg.) Die Verfassung Europas

Die Beiträge des Bandes sind aus einer Ringvorlesung hervorgegangen, die das Seminar für Politische Wissenschaft im Wintersemester 2007|08 an der Universität Bonn veranstaltet hat. Zusätzlich zu den dort gehaltenen Vorträgen wurden weitere Aufsätze eingeworben, um einen möglichst vollständigen Überblick über die Tragweite der aktuellen Krise zu erhalten. Den Ausgangspunkt fast aller Beiträge bildet naturgemäß der Verfassungsprozess, dessen jüngste Entwicklung bis zum gescheiterten Referendum in Irland berücksichtigt werden konnte.

So pro-europäisch alle Autoren dem eigenen Selbstverständnis nach eingestellt sind, so sehr unterscheiden sie sich in ihren integrationspolitischen Zielvorstellungen und Prämissen. Deutlich wird dies zunächst bei der Frage, wie eine europäische Identität geschaffen werden kann. Auf der einen Seite stehen die Skeptiker, die glauben, dass Europa eines vorgängigen, historisch gewachsenen Zusammengehörigkeitsgefühls bedarf, wenn es eine staatsähnliche Struktur ausbilden will. Auf der anderen Seite die Vertreter einer „dünnere“, politischen Identitätskonzeption, die eine solche Zusammengehörigkeit auf institutionellem Wege herbeiführen möchten. Der zweite Konflikt betrifft das Demokratietheorieproblem. Die einen negieren die Existenz eines Demokratiedefizits oder werben für ein elitenorientiertes Demokratiekonzept, das dem sui generis-Charakter der EU vermeintlich Rechnung trägt. Die anderen setzen dem entgegen, dass die Demokratie in der EU im Prinzip dieselbe Form annehmen muss wie im nationalstaatlichen Rahmen. Manche fordern konkret mehr mehrheitsdemokratische Elemente – so der britische Autor Simon Hix. Der dritte Konflikt bezieht sich schließlich auf den integrationspolitischen Prozess. Hier stehen auf der einen Seite jene, die relativ klare (und hehre) Vorstellungen von der Zukunft Europas haben und diese baldmöglichst realisiert sehen wollen. Sie fordern deshalb radikale Änderungen. Auf der anderen Seite befinden sich die Vertreter eines pragmatischen Ansatzes, die eine Verbesserung auch auf inkrementalistischen Wege für möglich halten. Diese Kontroverse wird am Ende des Bandes von Jürgen Habermas und Günter Verheugen stellvertretend ausgetragen.

Die Beiträge im einzelnen

Hans-Gert Pöttering zeigt, dass das EP als Zentrum einer Demokratie im Werden zu einem europäischen Machtfaktor geworden sei, den man nicht mehr länger ignorieren könne – und auch nicht solle. Ähnlich optimistisch sieht Ludger Kühnhardt in seinem Beitrag die Verfassung Europas, weil die EU aus Krisen immer wieder gestärkt hervorgegangen ist. Allerdings erfahre die europäische Integration derzeit einen tief greifenden Begründungswandel, da aus dem inneren Versöhnungsprojekt ein globaler Akteur geworden sei. Bernhard Weßels setzt diesem normativ inspirierten Optimismus eine

VS Verlag ist eine Marke
der GWV Fachverlage

VS Verlag | GWV Fachverlage GmbH
Abraham-Lincoln-Straße 46
65189 Wiesbaden | Germany
www.vs-verlag.de

Telefon 0611.7878-394
Telefax 0611.7878-451



Bibliografie:

Die Verfassung Europas
Perspektiven des
Integrationsprojekts
von Frank Decker und
Marcus Höreth
Wiesbaden: VS Verlag für
Sozialwissenschaften 2009.
377 Seiten. Broschur.
EUR 29,90 [D]
ISBN 978-3-531-15969-0

nüchterne Bestandsaufnahme der gewachsenen Europaskepsis entgegen. Der Vertrag von Lissabon könne diese Skepsis zwar nicht beseitigen, doch sei es bedauerlich, wenn dieser neue Vertrag nicht in Kraft treten könne, meinen Andreas Hofmann und Wolfgang Wessels. Denn er bringe – trotz seiner Komplexität – einige wichtige Fortschritte an Handlungsfähigkeit und Demokratie.

Wie sehr die EU bereits staatsähnliche Züge trägt, wird durch eine genauere Inspizierung der supranationalen Institutionen deutlich, denen sich der zweite Themenblock (Institutionen und europäisches Regieren) zuwendet. Die Konzeption der EU als reiner „Regulationsstaat“ greife jedenfalls zu kurz, wie Simon Hix in seinem Beitrag betont. Er plädiert daher dafür, dass sich die EU stärker politisiert, damit die europäischen Bürger bei Wahlen zum EP tatsächlich eine Wahl zwischen unterschiedlichen (partei-) politischen Optionen und Agenden treffen können. Welche Regierungsform für die EU geeignet wäre, ist die Frage, der Frank Decker und Jared Sonnicksen nachgehen. Sie schlagen vor, sich an präsidentiellen Demokratien zu orientieren. So sei mit der Direktwahl des Präsidenten der Kommission ein bedeutender Schritt zum Abbau des Demokratiedefizits möglich. Ebenso wichtig wie das Verhältnis zwischen europäischer Exekutive und Legislative ist die supranationale Judikative. Marcus Höreth argumentiert, dass der Europäische Gerichtshof (EuGH) so mächtig geworden sei, weil er ein Höchstmaß an Entscheidungsautonomie besitze, die er zur Verfolgung seiner eigenen institutionellen Interessen nutze. Ein bloßer „Diener“ der Mitgliedstaaten sei das Gericht jedenfalls nie gewesen. Eine wichtige Nebenrolle spielt der EuGH auch in dem anschließenden Beitrag von Philipp Genschel. Er zeigt am Beispiel der Steuerpolitik, dass der Gemeinschaftsgesetzgeber sowie der EuGH in der Lage seien, durch binnenmarktbezogene Rechtsetzung und Rechtsprechung kaum revidierbare Fakten zu schaffen, die die Mitgliedstaaten auch in der Steuerpolitik auf einen europäischen Kurs zwingen.

Angesichts der Legitimationsprobleme der EU liegt es nahe, die EU als supranationale Demokratie zu organisieren. Das aber stößt auf Schwierigkeiten, denen sich der dritte Themenblock zuwendet (Demokratie und Identität). Für Peter Graf Kielmansegg, wiewohl überzeugter Anhänger des europäischen Einigungsgedankens, bleibt die Demokratie auf EU-Ebene ein kaum erreichbares Desiderat. Gleichwohl existiere zur europäischen Integration keine Alternative, weshalb rechts- und verfassungsstaatliche Legitimationsprinzipien den Mangel an Demokratie kompensieren müssten. Was die Demokratiefähigkeit Europas angeht, überwiegt auch bei Josef Isensee die Skepsis. Thomas Meyer stellt dem eine Konzeption von politischer Identität entgegen, die sich von der Vorstellung einer über gemeinsame Sinngebungen oder Lebensweisen vermittelten Leitkultur distanziert und die notwendige Gemeinsamkeit ausschließlich an den sozialen und liberalen Grundwerten der rechtsstaatlichen Demokratie festmacht. Bedenken gegen eine überzogene Erweiterungsdynamik formuliert Heinrich August Winkler vor allem mit Blick auf den Beitrittsaspiranten Türkei, die seiner Auffassung nach nicht mehr zu Europa gehöre. Was Europa zusammenhalte, sei zutiefst durch

seine abendländischen Geschichte und Kultur determiniert. Die europäische Einigung stoße daher dort an ihre geographischen Grenzen, wo der Einflussbereich des nicht-orthodoxen Christentums ende.

Der vierte und letzte Themenblock des Bandes (Perspektiven des Supranationalismus) richtet den Blick nochmals nach vorne. Den Auftakt macht hier Jerzy Maćków, der das Haupthindernis der Integration in der fortbestehenden nationalistischen Gesinnung der Völker und ihrer Eliten sieht. Nur eine durchgreifende Demokratisierung vor allem des Rates könne hier Abhilfe schaffen. In einer vergleichenden Betrachtung mit den USA möchte Dennis-Jonathan Mann anschließend das „Wesen“ der EU näher ergründen. Die „Nature of the Union“-Debatte in den USA könne auch heute noch wertvolle Anregungen für das „Experiment“ der europäischen Integration bereit halten. Wie vielfältig die Möglichkeiten einer weiteren Integrationsvertiefung sind, macht Janis Emmanouilidis deutlich. Er plädiert vor diesem Hintergrund für ein höheres Maß an differenzierter Integration. Dass die Zukunft des Integrationsprozesses offen ist, unterstreicht schließlich die am Ende dokumentierte Kontroverse zwischen Jürgen Habermas und Günter Verheugen, die anlässlich des irischen Neins zum Lissabon-Vertrag in der Süddeutschen Zeitung ausgetragen wurde. Während Habermas nach völlig neuen Begründungen des Integrationsprojektes verlangt, weil die alten Rechtfertigungsmuster nicht mehr trügen, setzt Verheugen auf eine Politik der kleinen Schritte, um der EU bei ihren Bürgerinnen und Bürgern wieder mehr Anklang zu verschaffen. Kurz: Der eine verlangt den großen Wurf, der andere mehr pragmatischen Scharfsinn. Beides muss wohl zusammenkommen, damit die EU eine Erfolgsgeschichte bleibt.

Der VS Verlag für Sozialwissenschaften ist eine Marke der GWV Fachverlage GmbH. GWV Fachverlage ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media.

Kontakt für Rezensionsexemplare und Anmeldungen:

Karen Ehrhardt M.A. | PR-Referentin
Tel. +49 (0)611. 7878-394 | Fax +49 (0)611.7878-451
karen.ehrhardt@gwv-fachverlage.de